

# Erhalt vor Neubau

## Grüne fordern Planungsstopp für Autobahnen und Bundesstraßen in Niedersachsen

VON PETER MLODOCH

**Hannover.** Während der Corona-Krise fordern die Grünen einen Planungs- und Baustopp für alle neuen Autobahnen und Straßen in Niedersachsen. Vordringlich seien Sanierung und Investitionen in eine bezahlbare Mobilität. Gerade jetzt muss gelten: Erhalt vor Neubau. Immer neue Straßen bringen nichts, wenn die bestehenden Straßen nicht nutzbar sind, weil Brücken unbefahrbar werden oder die Schlaglöcher immer größer werden“, schreiben der Grünen-Bundestagsabgeordnete Sven-Christian Kindler und dessen Landtagskollege Detlev Schulz-Hendel in einem Positionspapier, das dem WESER-KURIER vorliegt.

Die aktuelle Lage, „in der weniger Fahrzeuge die Straßeninfrastrukturen nutzen, ist der richtige Zeitpunkt, Brücken zu sanieren, maroden Lärmschutz auszutauschen und Schlaglöcher auszubessern“, betonen die beiden Verkehrspolitiker. Darum müssten sich die Beschäftigten in der Verwaltung jetzt hauptsächlich kümmern. Die Grünen schlagen ein Moratorium für Neubauten bis zum Jahresende und eine „erweiterte Bedarfsplanüberprüfung aller Bundesfernstraßenprojekte in Niedersachsen unter Einbeziehung der Klimaschutzziele“ nach 2020 vor. „Die frei werdenden Haushaltsmittel werden in Abstimmung mit der Landesregierung voll-

ständig in nachhaltige und bezahlbare Mobilität für die Menschen in Niedersachsen investiert.“

Ins Visier nehmen die niedersächsischen Parlamentarier die Küstenautobahn A 20 von Westerstede (Kreis Ammerland) bis nach Drochtersen an der Elbe, die A 39 von Lüneburg nach Wolfsburg, den Lückenschluss der A 33 zur A 1 nördlich von Osnabrück sowie den

Weser-Elbe-Express von Verden nach Bremerhaven.

„Die aktuelle Lage ist der richtige Zeitpunkt, Brücken zu sanieren.“

Positionspapier der Grünen

Ausbau mehrerer Bundesstraßen, darunter die B 212 neu zwischen der Wesermarsch und der A 281 neu zwischen der Wesermarsch und der A 281 auf Bremer Gebiet. „Die hierfür geplanten Milliardenausgaben binden erhebliche Kapazitäten der Straßenbauverwaltungen und laufen den Klimaschutzziele zuwider, denen sich Deutschland im Zuge des Pariser Klimaschutzabkommens verpflichtet hat“, kritisieren Kindler und Schulz-Hendel. „Straßenneubau hat daher keine Priorität.“

Vor der Corona-Krise hatte die Bundesre-

gierung entschieden, von 2019 bis 2023 mehr als 3,7 Milliarden Euro für Straßenbauprojekte in Niedersachsen auszugeben – laut den Grünen fünfmal mehr als sie im gleichen Zeitraum in die Schieneninfrastruktur investieren will. Die drei großen Autobahn-Maßnahmen sind allerdings noch nicht über den Planungsstand hinausgekommen. Die für die Vorbereitungen benötigten Mitarbeiter könne man sinnvoller einsetzen, finden die Grünen: „Während der Corona-Pandemie sollten die personell ohnehin seit Jahren ausgedünnten Straßenbauverwaltungen notwendige Erhaltungsmaßnahmen an Straßen und Brücken in Niedersachsen vorziehen und vor allem den Betriebsdienst aufrechterhalten.“

Nach Auskunft der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr sind von den 6839 Brücken in ihrem Geschäftsbereich 200 derart marode, dass sie komplett durch Ersatzneubauten ausgetauscht werden müssen. Darunter befinden sich die Allerbrücke in Verden mit einem geplanten Baubeginn Anfang 2022, eine Brücke der A 28 im Bereich des Autobahndreiecks Delmenhorst, die Deichbrücke der Landesstraße 885 in Lemsderdahl bei der Weser-Fähre nach Vegesack und die Hammebrücke der L 151 bei Rittterhude.

Die Planungen und Vorbereitungen für diese Überführungen liefen parallel zu den

großen Autobahn-Projekten, heißt es bei der Behörde. Allerdings bekomme man es mittlerweile mit einem „Ressourcen-Problem“ bei der Bauindustrie zu tun. Wegen der vollen Auftragsbücher bei den Unternehmen sei bei Ausschreibungen die Zahl der Angebote deutlich rückläufig. Aufgrund der Pandemie könne es zudem zu Verzögerungen kommen, da öffentliche Erörterungen wegen der Versammlungsverbote derzeit nicht möglich seien, erklärt die Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr. Die Bauarbeiten selbst könne das Virus bislang aber noch nicht stoppen. „Gegenwärtig haben wir keine Restriktionen in Bezug auf geplante und laufende Baumaßnahmen zu verzeichnen.“

Die Grünen verweisen auf den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der in einem Sondergutachten aufgrund knapper werdender Kapazitäten bei der Bauwirtschaft ebenfalls zur Priorisierung bei Bauprojekten gemahnt habe. Die Wirtschaftsweisen hätten empfohlen, die Krise zu nutzen, um sinnvolle Investitionsprojekte zu planen, die nach Ende der Einschränkungen durchgeführt werden könnten. „Sinnvoll sind vor allem Investitionen in eine saubere, moderne und sichere Mobilität, also mehr Geld für die Schiene, für Radinfrastruktur und den ÖPNV.“